

► **Viola Schoch: Klimaschutz und Strafrecht.**

Berlin: Duncker & Humblot 2026. 273 S. (Schriften zum Strafrecht; Bd. 461)

Die Dissertation befasst sich mit der Strafbarkeit von klimaschädlichen Verhaltensweisen. Zunächst wird untersucht, inwieweit diese bereits vom aktuellen Umweltstrafrecht erfasst sind. Auf dieser Basis wird ein eigener Vorschlag zur Konzipierung eines Klimastraftatbestandes im StGB unterbreitet. Weiterhin beschäftigt sich die Arbeit mit den umstrittenen Klima-

protestaktionen. Anhand der Rechtsprechung wird erörtert, ob Protestaktionen im Namen des Klimaschutzes unter gewissen Voraussetzungen gerechtfertigt sein können.

E-Book (Open Access), DOI: 10.3790/978-3-428-59719-2,
<https://doi.org/10.3790/978-3-428-59719-2>

► **Tjarda Tiedeken: Klimaaktivismus im Strafrecht des demokratischen Rechtsstaats.**

Berlin: Duncker & Humblot 2026. 391 S. (Strafrechtliche Abhandlungen; N.F., Bd. 335)

Die Arbeit fragt nach dem strafrechtlich hinnehmbaren Umfang klimaaktivistischen Handelns unter Heranziehung der derzeitigen Rechtslage und kritischer Berücksichtigung der jüngeren Rechtsprechung und Literatur. Eine strafrechtliche Rege-

lung durch den Gesetzgeber ist erforderlich, die das demokratische Potenzial klimaaktivistischen Protests einbezieht.

E-Book (Open Access), DOI: 10.3790/978-3-428-59741-3,
<https://doi.org/10.3790/978-3-428-59741-3>

Aus Parlament und Regierung

► **Natalie Weis: Vor 75 Jahren: Errichtung des Bundesverfassungsgerichts. Hrsg.: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste.**

Berlin 2026. 2 S. (Aktueller Begriff; Nr. 5/26)

Zwei Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik trat am 17.4.1951 das Bundesverfassungsgerichtsgesetz in Kraft, das die Grundlage für die Errichtung des damals neuartigen Gerichts bildete. Vorausgegangen war ein langwieriger Gesetzgebungsprozess.

Link: https://www.bundestag.de/resource/blob/1164908/75_jahre_bundesverfassungsgericht.pdf

► **Janina Höhne/Leon Cornelius Bartels: Einziehung von Kraftfahrzeugen und Vermögenswerten aus Straftaten. Hrsg.: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste.**

Berlin 2025. 2 S. (Aktueller Begriff; Nr. 4/26)

Anlässlich von zwei Gesetzesinitiativen des Landes Berlin werden die derzeitigen Regelungen und die vorgeschlagenen Änderungen zur Einziehung von bei Straftaten verwendeten Kraftfahrzeugen und von aus Straftaten erlangten Vermögenswerten erläutert.

Link: https://www.bundestag.de/resource/blob/1161934/einziehung_kraftfahrzeuge_vermoegenswerte_aus_straftaten.pdf

► Ehrenamtliche Richter und Richterinnen in Bayern – Sicherstellung der Verfassungstreue.

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Toni Schuberl BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.9.2025 und Antwort des Staatsministeriums der Justiz im Einvernehmen mit dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration vom 21.1.2026. Drucksache/Bayerischer Landtag 19/9665

Der Abgeordnete fragt, wie viele Anhänger rechtsradikaler und -extremistischer Gruppen und Parteien das Amt des Schöffen oder ehrenamtlichen Richters in der Verwaltungsgewichtsbarkeit bekleiden und welche präventiven Maßnahmen die Staatsregierung ergreift, um die Verfassungstreue der ehrenamtlichen Richter sicherzustellen. Den zuständigen Staatsministerien liegen keine Erkenntnisse zu den Anhängern der genannten Gruppen und Parteien vor. Eine Auswertung beim Landesamt für Verfassungsschutz ist nicht möglich, da in den Recherche- und Arbeitsdateien keine entsprechenden expli-

ten, validen Rechercheparameter im Sinne der Fragestellung vorhanden sind. Abberufungen aus den in der Fragestellung genannten Gründen gab es nicht. Zur Mitgliedschaft ehrenamtlicher Richter in der AfD liegen auch keine Erkenntnisse vor, da die Parteizugehörigkeit bei der Bewerbung nicht erfasst wird. In der Antwort werden ausführlich die Maßnahmen zur Prüfung der Verfassungstreue bei der Aufstellung der Vorschlagslisten dargestellt.

Link: https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP19/Drucksachen/Schriftliche%20Anfragen/19_0009665.pdf

► Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung der nichtrichterlichen Beisitzer (Schöffen) in Bayern.

Änderungsantrag der Abgeordneten Holger Grieshammer u. a. (SPD). Haushaltsplan 2026/2027. Drucksache/Bayerischer Landtag 19/10868 vom 2.3.2026

Die SPD-Fraktion hat einen Änderungsantrag zum Haushaltsplan 2026/27 eingebracht, die Mittel zur Bezuschussung von Fortbildungsangeboten für Schöffinnen und Schöffen zu erhöhen.

Link: https://www.bayern.landtag.de/www/ElanTextAblage_WP19/Drucksachen/Basisdrucksachen/0000008000/0000008481.pdf

► Schöff:innen in Berlin.

Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Jan Lehmann (SPD) vom 15. Januar 2026 und Antwort vom 3. Februar 2026. Drucksache/Abgeordnetenhaus Berlin 19/24898

Auf Anfrage des Abgeordneten nach einer Verteilung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter aller Gerichtsbarkeiten zum Stichtag 31.12.2024 antwortet die Berliner Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz mit einer statistischen Übersicht über die Zahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter zum Stichtag 31.12.2024, getrennt nach Geschlechtern. Die weiteren Fragen bezüglich der Prüf- und Kontrollmechanismen zur Verfassungstreue der Schöffen beantwortet der Senat zurückhaltend, da der Regelungsvorschlag des Bundesgesetzgebers abgewartet werden soll. Eine Einschätzung, ob die für

Berlin zuständigen Stellen bei Erstellung der Vorschlagslisten einen Zeitaufwand zur Prüfung der Verfassungstreue in Höhe von ca. 5 Minuten pro Bewerber leisten können, um öffentliche Social-Media-Profile der Bewerber (angelehnt an § 11 des Bremischen Richtergesetzes) zu überprüfen, ist daher auch noch nicht möglich. Ebenso kann der Senat nicht Stellung dazu nehmen, welche Stelle für diese Überprüfung sachlich zuständig sein wird.

Link: <https://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/19/SchrAnfr/S19-24898.pdf>